

Stellungnahme von Greenpeace Luxemburg zum

Integrierter Nationaler Energie- und Klimaplan Luxemburgs (PNEC) für den Zeitraum 2021-2030

29. März 2020

Inhalt

1. Einleitung
2. Verkehrssektor
3. Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung
4. CO₂-Bepreisung und Steuerreform
5. Unternehmen, die am europäischen Emissionshandel teilnehmen
6. Nachhaltige Finanzen
7. Landwirtschaft
8. Coronakrise und Klimakrise

1. Einleitung

Am 7. Februar 2020 hat die Luxemburger Regierung ihren integrierten nationalen Energie- und Klimaplan (PNEC) für den Zeitraum 2021-2030 angenommen. Der PNEC ist ein Fahrplan, der durch Vorschriften, Programme und Projekte folgende nationalen Ziele in den verschiedenen Sektoren bis 2030 umsetzen soll: die Verringerung der Treibhausgasemissionen (-55%), die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch (auf 25%) und die Steigerung der Energieeffizienz (auf 40-44%).

Greenpeace Luxemburg begrüßt die ambitionierten Ziele der Regierung, zweifelt aber aufgrund der derzeitigen mangelnden Priorisierung des Klimaschutzes durch die Regierung daran, dass diese Ziele erfolgreich umgesetzt werden können.

Damit die Klimaneutralität bis spätestens 2050 erreicht werden kann, fordert Greenpeace eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 65% bis 2030. Dies bedeutet, dass eine weitere Erhöhung der luxemburgischen Ziele bis 2030 erforderlich ist.

In unserer Stellungnahme werden wir nicht auf alle Punkte des Aktionsplans eingehen. Wir unterstützen die Stellungnahme der Plattform Votum Klima, in der auch Greenpeace vertreten ist, und wollen im Folgenden spezifisch auf einige Themenfelder eingehen.

2. Verkehrssektor

Etwa zwei Drittel der luxemburgischen Treibhausgasemissionen (5.077 kT CO₂) werden durch den Verkehrssektor verursacht. Sowohl die massive Reduktion der Emissionen, die durch den Treibstoffexport bedingt sind, als auch die Reduktion der Emissionen des Inlandsverkehrs müssen daher eine Priorität der nationalen Klimapolitik sein.

Auch wenn die Einnahmen durch den Verkauf von fossilen Brennstoffen einen beachtlichen Teil des Staatsbudgets ausmachen (5-10%), so ist dies klimapolitisch nicht länger haltbar und auch aus wirtschaftlicher Sicht nicht zukunftsfähig.

Wir fordern daher wie in allen Sektoren einen klaren Reduktionspfad für die Treibhausgasemissionen des Transportsektors und konkrete Maßnahmen, mit denen dieser umgesetzt werden soll, z.B. durch das Verbot von Kraftfahrzeugen mit Verbrennungsmotor, den weiteren Ausbau des öffentlichen Transports und der sanften Mobilität, innovative Projekte in der Landesplanung und im Wohnungsbau und die Einführung einer CO₂-Steuer im Rahmen der Steuerreform.

Die Regierung spricht sich auf EU-Ebene klar dafür aus, dass ab 2030 keine Autos mit Verbrennungsmotoren mehr zugelassen werden sollen. Präzise Angaben hierzu sind im PNEC leider nicht verankert. Greenpeace fordert ein klares politisches Eingreifen, damit in Luxemburg und auf EU-Ebene schon ab 2025 keine Kraftfahrzeuge mit Diesel- und Benzinmotoren mehr zugelassen werden.

Wir sehen in der Anpassung der Immatrikulationstaxe und der Autosteuer an den CO₂-Ausstoß weitere effiziente und sozial gerechte Maßnahmen, um den Individualverkehr einzudämmen.

3. Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung

Luxemburgs Ziele, was die Steigerung der Produktionskapazität bei den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz angeht, sind ehrgeizig. Im Jahr 2030 sollen fast 20% des nationalen Energieverbrauchs über eine nationale erneuerbare Energieproduktion gedeckt werden. Weitere 5% sollen über Kooperationsmechanismen dazugekauft werden. Auch die geplante energetische Sanierungsrate von 3% des Baubestands ist ehrgeizig.

Im PNEC werden eine ganze Palette von positiven Initiativen überarbeitet und fortgesetzt sowie durch neue Programme verstärkt. Wir begrüßen die systematische Vereinfachung der administrativen Hürden, weitere Finanzierungshilfen wie das Klimadarlehen im Sanierungsbereich sowie die Ausweitung der bestehenden Massnahmen auf Zweckgebäude.

Der Bereich Wohn- und Zweckgebäude ist für 12% der nationalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Im PNEC wird der Wohnungsbau an mehreren Stellen erwähnt, dies im Zusammenhang mit Landesplanung und Mobilität, Neubau und Altbausanierung und dem Risiko der Energiearmut. Es sind entsprechende Energieeinsparmaßnahmen über andere spezifische, jetzt schon bestehende Förderprogramme vorgesehen.

Luxemburg hat einen sehr hohen Energiestandard für Neubauten. Auch bietet die Einführung der A-Wohngebäude weitere Energieeinsparpotenziale. Die Fortsetzung des Klimapakts mit den Gemeinden und dessen Ergänzung um die Bereiche Luftqualität und Kreislaufwirtschaft ist wichtig für die führende Rolle der Gemeinden beim Klimaschutz.

Eine hohe Sanierungsquote und die Installation von Heizungssystemen auf Basis von erneuerbaren Energien in Altbauten sind zu begrüßen. Wir sehen jedoch einen großen Bedarf an Fachkräften und einen enormen Finanzierungsbedarf, um dies zu bewerkstelligen.

Greenpeace fordert, dass das bestehende Klimadarlehen für energetische Sanierungen auch auf die erneuerbaren Energien ausgeweitet wird, u.a. zur Förderung der Photovoltaik. Das Klimadarlehen könnte sehr einfach über die eigene Energieproduktion zurückgezahlt werden. Zusätzlich könnte durch Eigenproduktion und -verbrauch von Strom eine soziale Maßnahme geschaffen werden, um sozial schwächere Haushalte in Punkto Energiearmut effektiver zu unterstützen. Die geplante Verpflichtung zur Integration von PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden könnte mit Hilfe des Klimadarlehens sozialverträglich auch auf den privaten und professionellen Bereich ausgeweitet werden.

Generell fordern wir, dass so viel wie möglich Energie im eigenen Land hergestellt wird. Der Rückgriff auf den Kooperationsmechanismus darf nicht dazu dienen, Investitionen in die Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien zu vernachlässigen. Weiter gilt es kontinuierlich sicherzustellen, dass über den Kooperationsmechanismus ausschließlich umwelt- und sozialverträgliche Projekte finanziert werden, mit absolutem Vorrang für Projekte im Bereich der Solar- und Windenergie.

Der derzeitige Personalmangel in der Bau- und PV-Branche darf nicht unterschätzt werden. So wird es fraglich, ob die Projektionen des PNEC realistisch sind. Die Regierung ist sich dieser Situation bewusst und hat erste Initiativen wie die "Formation Continue" im Bereich der erneuerbaren Technologien in die Wege geleitet. Jedoch vermissen wir spezifische Angaben, was die Schaffung gemeinsamer "Energie-Hubs" in der Großregion anbelangt. Es wird viel von Energieforschung und Innovation gesprochen. Wir vermissen jedoch konkrete Angaben, wie dies in die Praxis umgesetzt werden soll. Wir brauchen ein Ausbildungszentrum für Handwerker im Bereich der grünen Technologien und im Sanierungsbereich.

Der PNEC sieht vor, den Anteil der erneuerbaren Energiequellen am Energieverbrauch im Transportbereich durch eine Steigerung des Imports von Agrokraftstoffen zu erhöhen. Greenpeace lehnt die Beimischung von Agrokraftstoffen strikt ab. Ihr negativer Effekt auf Klima und Biodiversität sowie die sozialen Folgen (Menschenrechtsverletzungen, Landnutzungskonflikte, Auswirkungen auf Nahrungsmittelpreise) sind unumstritten. Wir fordern, dass die Regierung sich auf nationaler und europäischer Ebene für einen Stopp der Verwendung von Agrokraftstoffen einsetzt.

Im PNEC ist ebenso die Rede vom Ersatz von Erdgas durch die Beimischung von Biogas ins Erdgasnetz. Die Produktion von Biogas ist eng mit der Landwirtschaft und der Güllewirtschaft verbunden. Der PNEC zielt auf eine bessere Nutzung des Methangases aus dem Tierhaltung (vor allem Gülle), um die Methanemissionen zu reduzieren. Wir sehen den weiteren Ausbau von Biogasanlagen kritisch, da zum einen hohe Investitionen notwendig sind und die Anlagen technisch sehr anfällig sind. Zum anderen werden feste,

hochwertige Substrate wie Mais und andere "Energiepflanzen" oder Lebensmittelabfälle gebraucht, um halbwegs wirtschaftlich zu funktionieren. Diese Rohstoffe werden in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion hergestellt und stehen anderen Bereichen nicht länger zur Verfügung. Zudem fördert das landwirtschaftliche Biogas die ganzjährige Stallhaltung der Nutztiere, vor allem von Milchkühen; dies steht einer regenerativen Landwirtschaft diametral entgegen.

4. CO₂-Bepreisung und Steuerreform

Die Einführung einer CO₂-Bepreisung ist zu begrüßen. Diese muss, neben anderen politischen Entscheidungen und umfangreichen Fördermaßnahmen, demnach das wichtigste Lenkungsinstrument unserer Gesellschaft und Industrie werden, mit dem Ziel, CO₂-intensive Aktivitäten zu mindern oder klimaschonende Alternativen zu begünstigen.

Der angedachte Preis von 20 € /Tonne CO₂ ist unseres Erachtens wesentlich zu niedrig, ebenso wie die geplante jährliche Anhebung von 5 € /Tonne in den kommenden zwei Jahren. Die berechneten externen Kosten liegen der Methodenkonvention 3.0 des deutschen Umweltbundesamtes zufolge zwischen 180-205 € /Tonne CO₂.

Als zentrales Instrument, um Klimaschutz und Energiewende voranzubringen, ist eine umfassende CO₂-Bepreisung nötig, die einen hohen Lenkungseffekt hat.

Beispiele aus anderen Ländern, die bereits eine CO₂-Bepreisung eingeführt haben, belegen, dass die Einführung einer CO₂-Bepreisung für die Menschen nachvollziehbar und planbar sein muss. Um Planungssicherheit für Haushalte und Betriebe zu ermöglichen, braucht es daher klare Vorgaben der sukzessiven Erhöhungen der CO₂-Bepreisung bis 2030.

Wir fordern dass die CO₂-Bepreisung im Rahmen der kommenden Steuerreform, die im Koalitionsvertrag vorgesehen ist, eingebettet wird.

5. Unternehmen, die am europäischen Emissionshandel teilnehmen

Auch Maßnahmen für Betriebe, die am europäischen Emissionshandel teilnehmen, müssen Teil des PNEC sein.

Die aus Klimaschutz Sicht erforderliche Reduktion der Treibhausgasemissionen der luxemburgischen Industriebetriebe, die am europäischen Emissionshandel teilnehmen, ist nicht Gegenstand des Aktionsplans. Die Emissionen dieser Betriebe tragen mit ca. 1,8 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr zu etwa 17 Prozent der luxemburgischen Gesamtemissionen von 10,5 Millionen Tonnen bei und sind für 50% des Stromverbrauchs verantwortlich.

Der europäische Emissionshandel hat aus unterschiedlichen Gründen bislang nicht zufriedenstellend funktioniert. Allein mit der bestehenden freiwilligen Vereinbarung mit der Industrie, in der es darum geht, die Energieeffizienz zu verbessern, wird die Klimaneutralität der luxemburgischen Wirtschaft nicht erreicht werden können.

Wenn Betriebe, die CO₂-intensiv sind, auch weiterhin einen Platz im Luxemburger Industriespektrum haben sollen, dann müssen innovative Technologien entwickelt werden, wie diese Betriebe bis spätestens 2050 CO₂-frei werden können. Diese Erkenntnis ist selbst bei großen CO₂-Emittenten ArcelorMittal angekommen, der in seinem im Mai 2019 veröffentlichten 'Climate Action Report' verkündete, dass das Unternehmen bis 2050 Kohlenstoff-neutral sein und im kommenden Jahr ein Reduktionsziel für 2030 festlegen will.

Greenpeace hält es für notwendig, dass im Rahmen des Aktionsplans weitere Maßnahmen getroffen werden, damit die emissions- und energieintensiven Betriebe in Luxemburg ihre Emissionen im Einklang mit den Erfordernissen des Pariser Klimaschutzabkommens reduzieren. Dies ist nicht nur für den Klimaschutz wichtig, sondern auch für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts. Mit technologischen Innovation hin zu kohlenstoff-freien Produktionsprozessen könnten sich die luxemburgischen Industrien einen First Mover-Vorteil sichern.

6. Nachhaltige Finanzen

Laut Pariser Klimaschutzabkommen müssen *die Finanzmittelflüsse in Einklang gebracht werden mit einem Weg hin zu einer hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarmen und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung.*

Der PNEC hebt insbesondere Luxemburgs Initiativen zur Entwicklung des Landes im Bereich der nachhaltigen Finanzwirtschaft hervor. Laut PNEC ist es das Ziel, bis 2025 20% aller Geldströme auf Green Finance umzustellen. Der Ausbau des Geschäftsfeldes „Nachhaltige Finanzen“ stellt sicherlich eine wichtige Chance für den Finanzstandort Luxemburg.

Dennoch sind wir der Ansicht, dass die Bemühungen im Bereich der nachhaltigen Finanzwirtschaft, was den Punkt Klimaschutz angeht, nicht ausreichend sind. Mit Hinblick auf die überragende Bedeutung, die der globale Finanzwirtschaft für das Erreichen der Klimaschutzziele hat, muss es das oberste Ziel sein, die Finanzströme zu „dekarbonisieren“. Das bedeutet, dass Luxemburg als oberste Priorität im Finanzsektor umfassende und zielgerichtete Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen, die durch sogenannte „Brown Assets“ generiert werden, ergreifen muss. Der Finanzsektor Luxemburgs muss mit den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens kompatibel werden.

Die Dekarbonisierung des Luxemburger Finanzplatzes ist nicht nur für den Klimaschutz von globaler Bedeutung. Aufgrund der Bedeutung des Finanzplatzes für die Luxemburger Wirtschaft gilt es, die systemischen Risiken, die mit dem Klimawandel und den Investitionen in klimaschädigende Unternehmen verbunden sind, zu limitieren. Die Wirtschafts- und Umweltwarnungen der Vereinten Nationen, des IWF, der Weltbank und mehrerer anderer führender Gremien, darunter 34 Zentralbanken, werden bislang vom Finanzsektor weitgehend ignoriert oder zu langsam mit schrittweisen freiwilligen Maßnahmen behandelt.

Greenpeace fordert, dass die Finanzmittelflüsse in Luxemburg in Einklang mit dem Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens gebracht werden müssen.

Staatliche Subventionen: wir fordern, dass eine Analyse der staatlichen Subventionierung von fossilen Energien und anderen Quellen von Treibhausgasemissionen (z.B. aus der Landwirtschaft) durchgeführt wird. Darauf aufbauend müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit diese Subventionen zeitnah beendet werden.

Staatliche Fonds: staatliche Reservefonds, wie z.B. der Pensionsfonds (Fonds de Compensation), müssen ihre Investitionen in Einklang mit dem Paris Abkommen bringen. Die Fonds müssen dazu verpflichtet werden, die finanzierten Emissionen ihrer Investitionen zu bewerten und zu veröffentlichen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit Investitionen in Kohle-, Öl- und Gasunternehmen und andere Verursacher von Treibhausgasemissionen zeitnah beendet werden.

Eine Analyse der staatlichen Beteiligungen an Unternehmen muss hinsichtlich der Kompatibilität mit den Klimaschutzziele durchgeführt werden. Darauf aufbauend müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die staatlichen Beteiligungen an Unternehmen in Einklang mit den Pariser Abkommen zu bringen.

Der Finanzplatz muss seine Investitionen in Einklang mit dem Pariser Klimaschutzabkommen bringen: Greenpeace schätzt, dass allein aus den gesamten Aktienportfolios des Investmentfonds-Sektors Emissionen in Höhe von jährlich mindestens 300-400 Millionen Tonnen CO₂ generiert werden. Das entspricht etwa 30-40 mal den direkten Emissionen des Landes. Damit der Luxemburger Finanzplatz „Paris-kompatibel“ wird, fordert Greenpeace folgende Maßnahmen:

- Die Klimaberichterstattung im Rahmen der Task Force for Climate Related Financial Disclosures muss obligatorisch werden.
- Es müssen Vorschriften eingeführt werden, um Investitionen und die Vergabe von Krediten aus den kohlenstoffreichen Sektoren zu verlagern.
- Für die Kreditvergabe an Projekte und Unternehmen aus dem Bereich der fossilen Brennstoffe sollten höhere Kapitalanforderungen ("brown penalties") eingeführt werden.
- Die Zentralbank sollte dem Beispiel der Bank of England und der niederländischen Zentralbank folgen und eine Reihe von Klimaszenarien in die Stresstests der Finanzinstitute einbeziehen.
- Die Zentralbank sollte fossile Brennstoffe und andere energieintensive Industriezweige von ihren Programmen zum Ankauf von Vermögenswerten ausschließen und den Sektoren, die den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft vorantreiben, Vorrang einräumen.
- Die Regierungen sollten der Zentralbank und der Finanzaufsichtsbehörde ein explizites Mandat erteilen, ihren Horizont in Bezug auf die Finanzstabilität zu erweitern, um die Klimarisiken des Finanzsektors vollständig zu erfassen und eine treibende Kraft für die Dekarbonisierung zu sein.

7. Landwirtschaft

Auch wenn die Landwirtschaft weniger als 10% der nationalen Klimagase verursacht, so obliegt diesem Sektor im Hinblick auf die gesamte ökologische und resiliente Entwicklung unseres Landes eine besondere Bedeutung. Im PNEC wird dem weitgehend Rechnung getragen. Die ausgeglichene Kombination von Grünland-basierter Viehwirtschaft (vor allem Dauergrünland) und Pflanzenproduktion stellt für unsere Region und auch für den Klimaschutz die ideale Wirtschaftsform dar.

Das größte Hindernis hin zu einer ökologischen Landwirtschaft besteht in den hohen Milchleistungen der Milchkühe und dem dafür erforderlichen Import in Form von eiweißreichen Futtermitteln sowie in der ganzjährigen Stallhaltung. Hinzu kommt der Futteranbau von Mais und Futtergetreide unter Einsatz von chemisch-synthetischen Düngemitteln und Pestiziden. Die Plattform "Meng Landwirtschaft" hat eine die umfangreiche Stellungnahme "Landwirtschaft 2.0" erarbeitet, in dem diese Zusammenhänge erläutert und Lösungen dargestellt werden.

Der biologische Landbau trägt durch seine Art der Bewirtschaftung zum Klimaschutz bei und hat auch viele weitere positive Auswirkungen. Daher begrüßen wir die Ausweitung des biologischen Landbaus in Luxemburg auf 20% bis 2025 und die Verabschiedung eines Bio-Aktionsplans.

Die Landwirtschaftskammer und verschiedene Bauernorganisationen stellen sich vor, etwa 20 % der Treibhausgasemissionen einzusparen. Dies soll vor allem durch Optimierungen in der Viehwirtschaft (vor allem durch eine Reduzierung des Methanausstoßes durch Investitionen, Gülle-Management und Biogas) erfolgen, ohne jedoch den Rindviehbestand beziehungsweise die Milchviehleistung (Proteinimport) zu reduzieren. Dies ist jedoch mit vielen teuren, langfristigen Investitionen in Gebäude und Technik verbunden, die wiederum subventioniert werden müssen. Eine eingehende Prüfung (Klimacheck) sehen wir als unausweichliche Pflicht, ohne die eine Realisierung und Subventionierung nicht erfolgen darf. Wir verlangen, dass den Landwirten und Lebensmittelproduzenten eine großzügige finanzielle Unterstützung gewährleistet wird, die in eine ökologische und resiliente Lebensmittelversorgung investieren.

Unsere zukünftige nationale Agrarpolitik ist sehr stark abhängig von der jetzt anstehenden EU-Agrarreform. Wir fordern von der luxemburgischen Regierung, sich auch auf europäischer Ebene für eine klima- und biodiversitätsfreundliche Landwirtschaft einzusetzen.

8. Coronakrise und Klimakrise

Die gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Situation hat sich in den letzten Wochen durch die Corona-Krise dramatisch verändert. Die Regierung hat drastische Maßnahmen beschlossen und ein umfangreiches Hilfsprogramm für die Wirtschaft aufgelegt.

Die Maßnahmen, die zur Eindämmung der Corona-Krise getroffen werden müssen, und deren wirtschaftliche Folgen dürfen jedoch die Bewältigung der Klima- und Biodiversitätskrise nicht gefährden oder verzögern. Im Gegenteil, wir müssen diesen Schock auch als Chance verstehen, soziale sowie umwelt- und wirtschaftspolitische

Defizite mit Entschlossenheit anzugehen. Wir kämpfen demnach mit mehreren globalen Herausforderungen gleichzeitig, bei denen größte Solidarität erforderlich ist. Die Kreativität von uns allen, ob in Politik, Wirtschaft, Bildung oder Kultur, ist gefordert wie nie zuvor. Viele Ideen und Wege wurden bereits durchdacht und teilweise umgesetzt, sind aber noch kaum im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Alltag angekommen.

Wir stellen fest, dass der Staat durchgreifende Maßnahmen erlassen und enorme Geldmittel mobilisieren kann, um die Auswirkungen der aktuellen Corona-Krise zu bewältigen - was zweifellos notwendig ist -, und dass großer politischer Konsens in diesem entschlossenen Handeln besteht. Rückblickend auf die Verhandlungen über die Maßnahmen für einen effektiven Klima- und Biodiversitätsschutz konnte diese Entschlossenheit nicht annähernd beobachtet werden. Ohne Frage hat die Bewältigung der Corona-Krise in den nächsten Wochen und Monaten oberste Priorität. Dennoch darf nicht jetzt in Vergessenheit geraten, dass wir seit Jahren in einer ebenfalls akuten Klimakrise stecken, deren Folgen sich von Jahr zu Jahr dramatisch verschlimmern.

Die große Solidarität unter den Menschen sowie die Akzeptanz gegenüber den sehr drastischen Maßnahmen und Eingriffen in ihr tagtägliches Leben sind bemerkenswert. Viele stellen sich tiefgreifende Fragen darüber, wie unsere Gesellschaft und zukünftige Generationen weiter existieren werden. Vieles hängt von einer umfangreichen Transformation unserer Wirtschaft, die nach wie vor auf einen zu starken Ressourcenverbrauch und Konsum aufgebaut ist, mit all den bekannten Folgen, und der Adaptation unserer Gesellschaft an die Folgen des Klimawandels ab.

Greenpeace warnt davor, den aktuellen ambitionierten Kurs in der Klimapolitik nicht beizubehalten oder gar Rückschritte in der Umwelt- und Klimapolitik zuzulassen. Damit die irreversiblen Folgen der Klimakrise verhindert werden können, müssen dringend umfassende Maßnahmen umgesetzt werden.

Unser aktuelles System ist leider, wie die aktuelle Krise sehr drastisch deutlich macht, nicht resilient. Wir müssen dieser Tatsache ins Auge sehen. Die Corona-Krise, die Klimakrise und die Biodiversitätskrise wiegen schwer. Wir erwarten von der Regierung, dass sie mit der gleichen Entschlossenheit alles Erforderliche in die Wege leiten wird, um unsere Wirtschaft und Gesellschaft resilient gegen diese Krisen zu machen - was immer es kosten wird.

GREENPEACE

GREENPEACE LUXEMBOURG
ASSOCIATION SANS BUT LUCRATIF

93, rue Zénon Bernard
L-4031 Esch/Alzette
Tel: +352 54 62 52 1
Fax: +352 54 54 05

greenpeace@pt.lu
www.greenpeace.lu
FCS F4727